

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl.
des „Musk. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

Erscheint
täglich abends mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage für den fol-
genden Tag. Insertionspreis:
die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Druckpreis Nr. 210.

Nr. 6.

Sonntag, den 9. Januar

1910.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Das zum Nachlasse des verstorbenen Zeichners **Emil Weiss** in Eibenstock gehörige Hausgrundstück Pestalozzistraße Nr. 1 soll auf Antrag der Erben

Freitag, den 14. Januar 1910,

vormittags 10 Uhr

an Amtsgerichtsstelle freiwillig versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen können auf der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Eibenstock, den 16. Dezember 1909.

Königliches Amtsgericht.

Anmeldung der Militärpflichtigen zur Rekrutierungsstammrolle.

Die hier aufhältlichen Militärpflichtigen, die

a) im Jahre 1890 geboren oder

b) in den Vorjahren zurückgestellt worden sind,

werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb der Zeit

vom 15. Januar bis zum 1. Februar 1910

in der hiesigen **Ratskanzlei** zur Rekrutierungsstammrolle anzumelden.

Die Militärpflichtigen aus früheren Jahrgängen haben ihre Lösungsscheine, die im Jahre 1890 **anderwärts** geborenen Militärpflichtigen die **Landesmilitär-Geburtsbescheinigung für militärische Zwecke** mit zur Stelle zu bringen.

Zurechtweisung der Bischöfe von Elsaß-Lothringen.

Endlich einmal wieder eine erfreuliche Kunde aus dem sagenumwobenen Lande! Die reichsländische Regierung hat den beiden Bischöfen des Landes gegenüber eine Entschiedenheit an den Tag gelegt, wie sie in unseren Tagen — wo das Zentrum wieder Trumpf zu werden beginnt — leider selten anzutreffen ist. Die Bischöfe hatten in einem Hertenbrief den katholischen Mitgliedern des elsäß-lothringischen Lehrerverbandes den Eintritt in den Allgemeinen deutschen Lehrerverein verboten. Gegen diesen kirchlichen Gewaltakt hat die Regierung Einspruch erhoben. Staatssekretär Jörn von Bulach veröffentlicht in der „Amtlichen Korrespondenz“ ein Schreiben an die Bischöfe von Metz und Straßburg, in dem er in verbindlichster Form, aber energisch gegen den Verstoß der Bischöfe Stellung nimmt. Die Haltung der Bischöfe wird als ein Eingriff in die Staatshoheitlichen Rechte bezeichnet, der entschieden zurückgewiesen werden müsse. Mit diesem Verhalten verdient sich die reichsländische Regierung den Dank aller Kreise, die von der Schädlichkeit unbefugter kirchlicher Einmischungen überzeugt sind. Diese treten in Elsaß-Lothringen bekanntlich besonders häufig und gewaltsam auf. Dort herrscht ein besonders renitenter, von Widerspruchsgeist erfüllter Alerus. Das zeigt sich auch in dieser Angelegenheit. Wie nämlich aus Metz gedruckt wird, bringt die „Lothr. Volksstimme“ folgende Entgegnung des Mezer. Bischofs Willibrord:

„Ev. Erzelenz erwidere ich auf das gütige Schreiben vom 1. d. M. ganz ergebenst, daß ich die vorletzte Nummer des „Schulfreundes“ an die Pfarrer meiner Dörfer gesandt und sie ersucht habe, von derselben Kenntnis zu nehmen und dieselbe alsdann den Lehrern ihrer Gemeinden zuzustellen. Ich achtete es als ein Recht bzw. Pflicht meines obrigkeitlichen Amtes, die katholischen Lehrer meiner Diözese auf die religiöse Seite des Eintritts in den allgemeinen deutschen Lehrerverein aufmerksam zu machen. Eine Erteilung von Verhaltensmaßnahmen an die Lehrer lag mir dabei selbstverständlich fern und noch mehr ein Eingriff in die staatlichen Befugnisse. Wenn Eure Excellenz es für angezeigt halten, das Schreiben zu veröffentlichen, so bin ich benötigt, auch diese Antwort der Öffentlichkeit zu übergeben.“

Wieder echt jesuitisch! Man lerne: „aufmerksam machen“ ist noch lange keine „Erteilung von Verhaltensmaßnahmen“; vor allem dann nicht, wenn der ultramontane Alerus das Spiel leitet und schon weiblich dafür sorgt, daß den zarten Worten der Wind mit dem Baumstamm sich beigesellt.

Nach der Straßburger Bischof Frihen veröffentlicht durch die Presse eine Erwiderung an den Staatssekretär, worin die Ueberschreitung der bischöflichen Befugnisse bestritten und die Auffassung des Staatssekretärs dahin richtig zu stellen versucht wird, daß nur solche Mitteilungen des Bischofs an Lehrer an den Dienstweg gebunden sind, die in der staatlichen

Kompetenzsphäre liegen, sich auf die Amtstätigkeit der Lehrer beziehen. Der Anschluß an den allgemeinen deutschen Lehrerverein sei aber keine Amtstätigkeit, sondern Sache des freien Ermessens der Lehrer. Deshalb weise Frihen den Vorwurf des Eingriffs in den Bereich staatlicher Befugnisse zurück. Die kirchliche Presse in Elsaß-Lothringen und im Reich ist natürlich außer sich über das Vorgehen des Staatssekretärs Jörn von Bulach, während nicht nur die reichsländische Lehrerschaft der Regierung dankbar ist für diese bestimmte Zurückweisung kirchlicher Uebergriffe in die privaten Rechte der Lehrer.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Kaiser begab sich am Freitag, dem Todestage der Kaiserin Augusta, seiner Großmutter, nach Charlottenburg, um im dortigen Mausoleum am Sarkophag der Verstorbenen einen Kranz niederzulegen.

Die Mittelmeerfahrt des Kaiserpaars wird, wie die „Tgl. Ansh.“ erzählt, kaum vor Ausgang März angefaßt werden. Die Vorbereitungen auf der „Hohenzollern“ gelten der alljährlich wiederkehrenden Instandsetzung.

Die Einleitung der Reichstagsarbeit. Die Interpellationen über die mecklenburgische Verfassungsfrage und die Kattowitzer Beamtenmaßregelungen, die auf der Tagesordnung des Reichstages am kommenden Dienstag stehen, werden vom Reichskanzler persönlich beantwortet werden. Die in der mecklenburgischen Frage abzugebende Erklärung ist im Bundesrat Gegenstand von Erörterungen gewesen, in der Kattowitzer Angelegenheit wird auch Staatssekretär Kräfte das Wort ergreifen.

Sir Ernest Shackleton hielt am Mittwoch bei Kroll in Berlin in der Gesellschaft für Erdkunde einen Vortrag über seine Südpolarexpedition, dem das Kronprinzenpaar beiwohnte.

Die Postkonferenz trat am vergangenen Freitag vormittags 11 Uhr unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kräfte im Reichspostamt zu Berlin zusammen. Außer zahlreichen Mitgliedern dieses Amtes waren die eingeladenen Vertreter von Handel, Industrie und Landwirtschaft erschienen. Nach den Verhandlungen, die dem Reichspostamt erwünschtes Material für künftige Reformen boten, waren die Konferenz-Teilnehmer Gäste des Staatssekretärs Kräfte. Bei dem ersten Punkt der Tagesordnung vortrte Staatssekretär Kräfte die Gründe, die gegen die Wiedereinführung des Ankunftsstempels bei gewöhnlichen Briefsendungen sprechen. Die Beratung, die heute fortgesetzt wurde, dehnte sich bis 4 Uhr nachmittags aus. Da die Verhandlungen vertraulich sind, so ist ihr Ergebnis bis auf weiteres nicht bekannt.

Die Wirkung des Cofins für Schweine. Bekanntlich schweben im kaiserlichen Gesundheitsamt Untersuchungen über die Frage der Gesundheitschädlichkeit des Cofins für Schweine. Die Versuche bestehen

einerseits in der Verfütterung teilweise oder vollständig gefärbter Gerste, andererseits in der Verabreichung sehr großer Mengen von Cofin, um auch die akute Einwirkung dieses Stoffes auf den tierischen Organismus festzustellen. Während die Fütterung sich selbstverständlich auf einen längeren Zeitraum erstrecken muß, läßt sich aus den anderen Versuchen schon jetzt mitteilen, daß es nicht gelungen ist, selbst mit einer an einem und demselben Tage von dem Schweine aufgenommene Menge von 300 Gramm Cofin, also mit weit mehr als dem Tausendfachen dessen, was einem Schweine bei normaler Fütterung mit gefärbter Gerste zugeführt wird, Krankheit oder gar eine tödliche Wirkung zu erzielen.

Deutsche Arbeiter in Brasilien. Die mehrfachen Warnungen von amtlichen deutschen Stellen vor Agenten, die deutsche Arbeiter nach Südamerika anwerben wollen, scheinen ihren Zweck nicht erfüllt zu haben. Wenigstens teilt der „Vorwärts“ unter heftigen Ausfällen gegen das Auswärtige Amt die Leidensgeschichte von 600 deutschen Arbeitern mit, die sich für Bahnbauten im Innern Brasiliens anwerben lassen. Von diesen deutschen Arbeitern ist ein Teil den Strapazen des Urwaldklimas erlegen, ein Teil ist im Urwald umgekommen, ein anderer hat sich geselächtet und unter vielfachen Gefahren die Küste erreicht. Wie der Gewährsmann des „Vorwärts“ behauptet, sind von den etwa 600 für Brasilien angeworbenen Deutschen über 300 verstorben und etwa 70 befinden sich im Hospital von Manaus. Man wird ja wohl noch näheres über diese Aufsehen erregenden Mitteilungen des sozialdemokratischen Blattes hören.

Rußland.

Der Krieg gegen Japan soll auf persönliches Betreiben des Zaren geführt worden sein. Der in Paris lebende russische Revolutionär Bürger veröffentlicht wenigstens Geheimakten des russischen Auswärtigen Amtes, worauf Kaiser Nikolaus II. über den Kopf seiner Minister hinweg den Krieg eingeleitet hat. Ein einwandfreier Zeuge ist Bürger natürlich nicht.

Türkei.

Die Kabinettskrise in der Türkei. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel meldet, hat der Generalissimus Mahmud Scheffet Pascha, dem Drängen des Komitees für Einheit und Fortschritt nachgebend, eingewilligt, das Portefeuille des Kriegsministeriums zu übernehmen.

Sien.

Zu den Mordtaten im Jemen. Nach einem Berliner Telegramm der „Adnischen Zeitung“ meldete der Wali von Hodeida über die Ermordung der beiden Reisenden Burhardt und Benzoni, daß sie beim Passieren einer Schlucht von Eingeborenen, die sich hinter Kaffeebäumen versteckt hatten, erschossen worden sind. Burhardt wurde von vier, Benzoni von drei Schüssen getroffen. Beide waren sofort tot.

Ein Kampf französischer Truppen mit 150 chinesischen Fahnenflüchtigen der regu-